



## **Amtsgericht Recklinghausen**

### **Beschluss**

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

**Mittwoch, 27.01.2027, 11:00 Uhr,**

**1. Etage, Sitzungssaal 127, Reitzensteinstr. 17 - 21, 45657 Recklinghausen**

folgender Grundbesitz:

**Grundbuch von Recklinghausen, Blatt 6562,**

**BV lfd. Nr. 1**

Gemarkung Recklinghausen, Flur 447, Flurstück 76, Gertrudisplatz 26, Größe: 340 m<sup>2</sup>

versteigert werden.

Das Grundstück ist laut Gutachten bebaut mit einem 2 1/2- geschossiges Reihenmittelhaus mit zweigeschossigem Anbau. Es handelt sich um ein Gebäude mit zwei Wohnungen. Die Wohnungen sind nicht abgeschlossen (Mehrgenerationenhaus). Die Wohnfläche beträgt insgesamt ca. 145 m<sup>2</sup>.

Das Gebäude war zum Zeitpunkt der Ortsbesichtigung bereits leergezogen.

Das Wohnhaus wurde in dem Jahre 1920 errichtet und 1925 durch einen Anbau erweitert. Der Spitzboden wurde ausgebaut. Eine Ausbaugenehmigung fehlt.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 17.11.2022 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

185.000,00 €

festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.